

CDU/ CSU-Arbeitnehmergruppe pro Mindestlohn in der Zeitarbeit

15.06.2010

iGZ-Vertreter nahmen an Fachgespräch im Reichstagsgebäude teil

"Arbeit grenzenlos - Was bringt der 1. Mai 2011 den Beschäftigten und ihren Betrieben?" lautete das Thema eines Fachgesprächs der Arbeitnehmergruppe der CDU/[CSU](#)-Bundestagsfraktion, zu dem auch Andrea Resigkeit, Leiterin des Berliner iGZ-Hauptstadtbüros, iGZ-Verbandsjurist RA Stefan Sudmann und die juristische Praktikantin des iGZ, Anna Katharina Röhm, von der CDU eingeladen wurden.

Andrea Resigkeit und RA Stefan Sudmann nahmen an den Gesprächen der CDU/ CSU-Arbeitnehmergruppe teil.

Neben Ingrid Fischbach [MdB](#), stellvertretende Vorsitzende der CDU/[CSU](#)-Fraktion im Deutschen Bundestag, begrüßte auch Peter Weiß [MdB](#), Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/[CSU](#)-Fraktion im Deutschen Bundestag, die Teilnehmer im Sitzungssaal der CDU/[CSU](#)-Fraktion im Reichstagsgebäude. Prof. Dr. Herbert Brücker, Leiter des Forschungsbereiches "Internationale Vergleiche und Europäische Integration" im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ([IAB](#)) der [Bundesagentur für Arbeit](#), führte zunächst in die Thematik ein.

Diskussionsrunde

In einer anschließenden Diskussionsrunde vertieften Heinrich Alt, Vorstand der Bundesagentur für Arbeit ([BA](#)), Peter Auth, Leiter Public Affairs von Adecco Deutschland, Dr. Reinhard Göhner, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Tomasz Major, Präsident der Polnischen Arbeitgeberkammer, und Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes ([DGB](#)), die unterschiedlichen Aspekte und Auswirkungen der kommenden Arbeitnehmerfreizügigkeit auf den deutschen Arbeitsmarkt. Moderiert wurde die Runde von Uwe Schummer [MdB](#), stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/[CSU](#).

Zuwanderung nicht zu erwarten

"Die Deutschen können mit Zuversicht dem Wegfall aller Beschäftigungsgrenzen zu den Nachbarn Polen und Tschechien sowie sechs weiteren mittel- und osteuropäischen [EU](#)-Mitgliedsstaaten zum 1. Mai 2011 entgegensehen. Die Sachverständigen aus Wirtschaft und Gewerkschaften äußerten im Rahmen des Fachgesprächs die Auffassung, dass eine Zuwanderungswelle nicht zu erwarten sei und die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit zu Impulsen für das Wachstum führen werde", zog Weiß schließlich das Fazit der Veranstaltung.

Arbeitnehmergruppe pro [Mindestlohn](#)

Negative Auswirkungen auf die Lohnentwicklung für Geringverdiener drohen laut Weiß zwar durch ein wettbewerbsverzerrendes Lohngefälle in der Zeitarbeit. Diesem könne jedoch durch eine [Allgemeinverbindlichkeitserklärung](#) tariflicher Mindestlöhne in der deutschen Zeitarbeitsbranche wirksam begegnet werden. "Die Arbeitnehmergruppe setzt sich dafür ein, baldmöglichst eine klare rechtliche Regelung für einen Mindestlohn in der Zeitarbeitsbranche zu treffen."